

Bundesregierung hebt Schuldenbremse auf - Was bedeutet das für uns?

Die Remszeitung berichtet über die Aufhebung der Schuldenbremse in Deutschland, politische Entwicklungen und neue Betrugsmaschinen.

Deutschland - Am 6. März 2025 haben die Union und die SPD die Schuldenbremse de facto aufgehoben, um bedeutende Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit sowie in die Infrastruktur Deutschlands zu ermöglichen. Diese Entscheidung wirft jedoch große Fragen auf, denn die aktuellen Staatsschulden belaufen sich auf über 2,5 Billionen Euro, was die Preise und Zinsen beeinflussen könnte, wie die **Remszeitung** berichtet. Des Weiteren müssen die Koalitionspartner die Grünen von ihren Plänen überzeugen, während CDU-Chef Friedrich Merz im eigenen Lager auf Kürzungsforderungen stößt.

Die Schuldenbremse, die seit 2009 im Grundgesetz verankert ist, sieht eine zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme von maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor. Das Thema ist hochaktuell, da sich der Bundestag entschieden hat, eine außergewöhnliche Notlage zu erklären und die Schuldenbremse vorübergehend auszusetzen. Erste Stimmen aus der Ampelkoalition, darunter SPD und Grüne, fordern eine Lockerung, um ausreichend finanzielle Spielräume zu schaffen. Diese Diskussion wird von kritischen Anmerkungen begleitet – auch von Seiten der Wissenschaft; Ökonom Peter Bofinger nennt die Schuldenbremse zukunftsfeindlich.

Aktuelle Herausforderungen bei der

Bundeswehr

Inmitten dieser finanziellen Debatte streben Union und SPD eine Aufstockung der Bundeswehr an. Derzeit sind 181.150 Soldaten im Einsatz, und das Ziel der Regierung ist es, diese Zahl auf 203.000 zu erhöhen. Dabei möchte die CDU-CSU die 2011 ausgesetzte Wehrpflicht wieder einführen, doch die SPD zeigt sich hier skeptisch. Diese Maßnahmen fallen in einen Kontext, in dem die Bundeswehr durch den Ukraine-Konflikt und die gestiegenen sicherheitspolitischen Anforderungen unter Druck steht.

Zusätzlich hat das Bundeskriminalamt (BKA) eine alarmierende Zunahme politisch motivierter Straftaten im Zusammenhang mit der Bundestagswahl registriert, die sich innerhalb von zehn Jahren verdoppelt hat. Die Gewerkschaft der Polizei fordert daher dringend mehr Investitionen sowie eine Erhöhung der Befugnisse für die Polizei und den Verfassungsschutz, um der wachsenden Bedrohung angemessen begegnen zu können.

Politisches Machtvakuum bei den Grünen

Eine tiefere Krise ist auch bei den Grünen festzustellen, nachdem Annalena Baerbock sich aus der ersten Reihe der Politik zurückgezogen hat. Dies schafft ein Machtvakuum, das die Partei zwingt, sich neu zu sortieren, da ein klares politisches Profil fehlt. Die bevorstehenden Herausforderungen – sowohl im Bereich der Finanzen als auch der innerparteilichen Organisation – stellen die Grünen stärker unter Druck als je zuvor.

In einem anderen Kontext warnen Experten vor neuen Betrugsmaschen, die sich gezielt gegen Paypal-Nutzer richten. Die Kriminellen nutzen gängige Funktionen der Plattform, um den Verbrauchern erheblichen Schaden zuzufügen. Es wird empfohlen, dass Online-Nutzer ihre Sicherheitsvorkehrungen verstärken, da diese Methoden zunehmend ausgeklügelt werden.

Details	
Vorfall	Betrug
Ort	Deutschland
Quellen	• www.remszeitung.de • www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de